



Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU und FDP

zum Antrag der Fraktion des SSW "Unterirdische Lagerung von CO₂ bundesweit verbieten"

Drucksache 17/ 38

Der Landtag wolle beschließen:

CO₂-Lagerung in die Entscheidungshoheit der Bundesländer geben

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Umsetzung der EU-Richtlinie (RICHTLINIE 2009/31/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 23. April 2009 über die geologische Speicherung von Kohlendioxid) in Bundesrecht (CCS-Gesetz) dafür einzusetzen, dass die Bundesländer die Entscheidungshoheit erhalten, dauerhafte unterirdische Speicherungen von CO₂ auf ihrem Gebiet auszuschließen.

Dr. Michael von Abercron
und Fraktion

Günther Hildebrand
und Fraktion